

Tagesordnung 2 Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 20.06.2007

Vorlage Nr. 07-V-08-0011

Sofortprogramm CO₂-Reduzierung: Steigerung der Energieeffizienz von städtischen und privaten Immobilien

Beschluss Nr. 0172

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden bekennt sich zu ihren Verpflichtungen aus den Klimaschutzziele. Daher sollen die beiden Bausteine Energieeinsparung/ Energieeffizienz und der Bereich der Energieerzeugung mit erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt der städtischen Klimaschutzaktivitäten gestellt werden.

Zum ersten Baustein der Energieeinsparung und Energieeffizienz und zur Umsetzung des Beschlusses Nr. 0058 der Stadtverordnetenversammlung vom 08.02.2007 Ziffer 5. zur Vorlage Nr. 07-F-24-0002, der Schritte zur Umsetzung der Klimaschutzziele aus dem Klimaschutzbericht vorsieht, werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Auf Grundlage der vorhandenen Daten zu den Energieverbräuchen und in Ergänzung zu den laufenden und geplanten Bau- und Sanierungsinvestitionen in städtischen Liegenschaften (Schulen, Sportstätten, Kultur- und Verwaltungsgebäude) wird ein energetisches Sofortprogramm entwickelt. Insbesondere sollen die sog. „Energieschleudern“, d.h. Gebäude mit hohem spezifischem Energieverbrauch als rentierliche Maßnahmen zeitnah energetisch ertüchtigt werden. Das Investitionsprogramm wird kontinuierlich fortgeschrieben und im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans berücksichtigt. Dabei sollen bevorzugt zinsgünstige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beansprucht werden. Als rentierlich sind solche Investitionen anzusehen, bei denen die Mehrkosten für die energetische Sanierung eine Amortisationszeit von rd. 15 Jahren aufweisen.
2. Gleichzeitig wird der Magistrat (Dezernat VIII/64) bis zum Jahresanfang 2008 eine umfassende Bestandsaufnahme zur energetischen Situation der städtischen Liegenschaften und einen Maßnahmenkatalog zur energetischen Sanierung erarbeiten und vorlegen.
3. Die in Wiesbaden tätigen Wohnungsbaugesellschaften werden aufgefordert, ihren Wohnungs- und Immobilienbestand beschleunigt energetisch zu sanieren um das Potential zur Energieeinsparung in absehbarer Zeit zu realisieren. Dabei kann auf die schon erfolgreich durchgeführten Sanierungsmaßnahmen in den städtischen Gesellschaften aufgebaut werden. Für die Mieter der Wohnungen soll sich die Sanierung im Bezug auf Mieten und Nebenkosten unterm Strich kostenneutral darstellen.
4. Für die Sanierung der im städtischen Eigentum befindlichen von der GeWeGe verwalteten 183 Wohnungen und 66 Gewerbeeinheiten wird mit Hilfe der KfW für rentierliche Maßnahmen ein Sonderprogramm unter Nutzung der verbilligten Kredite im Haushalt aufgelegt.

5. Die Mitglieder im Aufsichtsrat der ESWE Versorgung werden aufgefordert, den ESWE-Innovationsfonds für eine beschleunigte und erweiterte Fördermöglichkeiten zu öffnen, damit verstärkt Mittel aus dem Fonds auch für dem Stand der Technik entsprechende energetische Sanierungsschritte in Anspruch genommen werden können.
6. Gemäß Beschluss Nr. 0660 vom 15.12.2006 der Stadtverordnetenversammlung zur Vorlage 06-F-25-0050, wonach alle Neubau- und Sanierungsmaßnahmen der Stadt und ihrer Gesellschaften nach besseren Standards als sie die Energieeinsparverordnung (EnEV) vorsieht zu errichten sind, wird der Magistrat (Dezernat VIII/64 in Verbindung mit den jeweiligen Fachämtern) beauftragt, alle Projekte entsprechend auszuschreiben und umzusetzen. Die ggf. notwendigen Investitionen sind zum Haushalt anzumelden. Der angestrebte Passivhausstandard wird beim Neubau grundsätzlich vorgesehen.
7. In Zusammenarbeit mit der Immobilienbranche, dem Handwerk, der Architektenkammer und den Fachverbänden im Bereich der privaten Immobilien wird ein Vertriebsmodell zum Erreichen von privaten Energieeinsparinvestitionen entwickelt. Den Eigentümern sollen die Fördermöglichkeiten (Bund und Land), die gesetzlichen Erfordernisse (EnEV, Energiepass) und die wirtschaftliche und ökologischen Vorteile von entsprechenden Investitionen vermittelt werden. Zudem werden besondere Kompetenzen von Unternehmen und Handwerksfirmen im Bereich der energetischen Sanierung erhoben und in einer Datenbank zugänglich gemacht. Ziel ist eine deutliche Steigerung der privaten Aktivitäten im Bereich der Gebäudesanierung. Hier besteht im Vergleich aller CO₂-Maßnahmen das größte Potentiale mit rd. 600.000 t/Jahr.

(antragsgemäß Magistrat 05.06.2007 BP 0530)

(Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit 12.06.2007 BP 0117)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .06.2007

Horschler
Vorsitzender